

27.06.2016

Presseerklärung zum „Positionspapier der Hamburger Stadtteilschulleiter“

Elternwille beim Anmeldeverhalten zu weiterführenden Schulen ernst nehmen - Schulleiter der Stadtteilschulen auf dem falschen Weg!

Es sind die Eltern, die entscheiden, auf welche weiterführende Schule sie ihr Kind schicken wollen. Nach Tagen der offenen Tür und Informationsveranstaltungen der Schulen machen sich Eltern diese Entscheidung nicht leicht. Deshalb muss sie uneingeschränkt ernst genommen werden.

Dass die Schulleiter der Stadtteilschulen wegen der immer stärker werdenden Zuwendung der Eltern zum Gymnasium an die Öffentlichkeit gehen, ist notwendig. Die Lehrergewerkschaften dlh wissen, dass auch die Gymnasien die Situation inzwischen kritisch sehen: eine weitere Verschiebung der Schüler hin zum Gymnasium ist für beide Schulformen abträglich!

Wenn die Schulleiterinnen und Schulleiter der Stadtteilschulen dann aber den Eltern als Reaktion auf deren Anwahlverhalten das falsche Bewusstsein vorwerfen, spricht dies nicht für „Kundenorientierung“. Die Stadtteilschulleiter fordern eine Bewusstseinsänderung von Eltern und Gesellschaft und scheinen davon auszugehen, dass sie mit der Kultivierung pädagogischer Ideen aus den Anfangstagen der Gesamtschulen ein Monopol auf gute Bildung haben. Zielführend wäre, die Ausgestaltung der Stadtteilschulen kritisch zu hinterfragen und nach Konzepten zu suchen, die gesellschaftlich akzeptiert sind. Dadurch ließe sich das Wahlverhalten der Eltern leichter verändern.

Wenn die artikulierten Erwartungen der Eltern nicht mit den Leitbildern von Schulen übereinstimmen, müssen sich die Leitbilder ändern und nicht die Erwartungen der Eltern!

Keine Frage: Stadtteilschulen machen in sehr vielen Bereichen exzellente Arbeit und die Arbeitsleistung der Lehrerinnen und Lehrer liegt über dem Limit. Aber offenbar gibt es systemische Probleme, so dass immer mehr Eltern von dem Modell „Stadtteilschule“ nicht überzeugt werden können.

Zu fordern, das erfolgreichere Konzept des Gymnasiums abzuschaffen, damit die eigene Misere nicht mehr sichtbar wird, macht die Stadtteilschulen jedoch noch nicht besser. Anspruch und Wirklichkeit klaffen hier an vielen Stellen auseinander. Daran ist aber auch das politische Handeln Schuld, das vornehmlich den Stadtteilschulen immer neue Aufgaben zuweist, ohne die Ausstattung entsprechend und angepasst zu verändern.

Der Erfolg der Gymnasien resultiert aus der Umsetzung eines klar festgelegten Bildungsauftrags, der bei vielen Stadtteilschulen so klar nicht erkennbar zu sein scheint. Außerdem äußern Eltern immer wieder, dass sie nicht glauben, Schulen seien eierlegende Wollmilchsäue. Die Idee, mit einer Lehrkraft (oder maximal zwei zur gleichen Zeit) in einer möglichst heterogen zusammengesetzten Klasse alles gleichzeitig und gleich gut erreichen zu wollen, überzeugt nicht.

Individualisierter Unterricht führt zu Vereinzelung, Binnendifferenzierung ist nicht das Allheilmittel. Auch Stadtteilschulschüler müssen gelenkt werden. Das idealisierende Schülerbild der Stadtteilschulleiter reibt sich allzu oft an der Realität.

Die Gymnasien betreiben keine Segregation, sondern eine gesellschaftlich notwendige Differenzierung, die offensichtlich von Eltern anerkannt wird.

Davon könnten Stadtteilschulen lernen, indem auch sie Klassen, Lerngruppen und Züge mit differenzierten, klar umrissenen Aufträgen einführen und entsprechend ausstatten würden. *)

Das kostet allerdings Geld, das die Politik offenbar nicht bereit ist zu investieren.

Nicht nur jede Stadtteilschule, sondern jede Schule ist einzigartig! Sie ist nämlich in erster Linie die Summe der in ihr tätigen Menschen – Schüler, Pädagogen und Eltern. Deshalb haben die Schulleiter Recht, wenn sie fordern, dass sich alle Schulen frei ausgestalten können müssen, schränken aber gleich ein: neben den rechtlichen Grundlagen und Bildungsplänen steht der Grundkonsens „einer Schule für alle Schülerinnen und Schüler“ ... freie Ausgestaltung sieht anders aus.

Die Schulleiter scheinen überdies die Grundlagen des Schulfriedens falsch einzuschätzen: Ihre Argumentation erinnert an die der Initiative für längeres gemeinsames Lernen und eine Verlängerung der Grundschule, der Vorstufe einer Schule für alle, die ja bekanntlich durch Volksentscheid gestoppt wurde. Sie wieder aufzugreifen ist nicht zukunftsorientiert.

Für alle Menschen in unserer Stadt, also auch Schülerinnen und Schüler, differenzierte und passgenaue Angebote vorzuhalten, ist keine soziale Ausgrenzung und ist einer undifferenzierten Gleichmacherei vorzuziehen!

Keineswegs werden durch den Schulfrieden die Interessen der Schülerinnen und Schüler aus dem Blick verloren: das ewige Herumwerkeln am Schulsystem hatte schlimmste Folgen für sie und sollte deshalb unterbunden werden. Deshalb haben die Lehrgewerkschaften **dlh** auch das Zwei-Säulenmodell als Basis für den Schulfrieden akzeptiert, obwohl wir uns stärker differenzierte Bildungsangebote gewünscht hätten.

Die Gesprächsbereitschaft der Schulleiter und Schulleiterinnen der Stadtteilschulen begrüßen wir ausdrücklich. Diese Stellungnahme ist ein erster Betrag zum angestoßenen Dialog. Wir hoffen, dass sich die GEW, die die Schulleiter und Schulleiterinnen sofort unterstützt hat, auch anschließt.

Vorstand der Lehrgewerkschaften **dlh**

V.i.S.d.P.

Deutscher Lehrerverband Hamburg, Papenstraße 18, 22089 Hamburg, Tel. 255272, vorsitzender@dl-hamburg.de

*) Es könnte Klassen geben, die Inklusion und Integration von Flüchtlingen leisten sollen (kleine Klassen mit viel mehr Lehrer-, Sonderpädagoginnen- und Sozialpädagoginnenstunden ausgestattet als heute in Inklusionsklassen üblich) oder abschlussbezogene Klassen oder solche, deren Schwerpunkt in der Berufsvorbereitung liegt. Das Plus der Stadtteilschulen läge dann in der Vielfalt der Differenzierungen und den Möglichkeiten des Übergangs zwischen verschiedenen Angeboten an einer Schule....